



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Bezugspreis monatlich 0,50 Reichsmark ohne die Bestellgebühr. - Anzeigen: die 3-spaltige Petitzeile 1,- Reichsmark Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 Reichsmark - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Nur Postbezug zulässig.

Gefährdung des Tarifvertrags.

Wie alles Recht, so ist das Arbeitsrecht Ueberbau der ökonomischen Verhältnisse der jeweils gegenwärtigen Epoche. Die Umgestaltungen dieser Verhältnisse müssen im materiellen Arbeitsrecht ihren Niederschlag finden. Die sozialistische Bewegung ist von der Idee getragen, die Vereinzelung, den Individualismus zu überwinden und dafür neue Bindungen kollektivistischer Art zu schaffen. Ausdruck dafür sind die Gewerkschaften.

Sie sind ein soziales Verhältnis, das bestimmten Einfluß ausübt auf die Umgestaltung des sozialen Ueberbaus, wie er im Arbeitsrecht in Erscheinung tritt.

In der Zeit, als Bismarcks Gewaltpolitik die Anfänge der Gewerkschaften vernichtet hatte, fehlte dem herrschenden Bürgertum jedes Verständnis dafür, daß der Einzelarbeitsvertrag nicht leichtes Ziel der Entwicklung sein konnte. Das Bürgerliche Gesetzbuch, aus dem Geist aller Vergangenheiten, nur nicht der Gegenwart und der Zukunft geboren, kennt nur ihn und will ihn mit 20 Paragraphen bezwingen! Der Neuaufbau der Gewerkschaften nach 1891 schuf in ihnen ein Phänomen, dem mit den überlieferten Formen von Personeneinbindungen nicht beizukommen war. Das juristische Neg des sozialen Ueberbaus vermochte es nicht einzufangen, man rubrizierte die Gewerkschaften unter die nicht rechtsfähigen Vereine, unterstellte sie einem ganz wesenfremden Gesellschaftsrecht. Gleichwohl war mit der Existenz der Gewerkschaften ein neues soziales Prinzip entstanden, das man sich seither gewöhnt hat, als Kollektivprinzip zu bezeichnen. Und alsbald wirkte der Gedanke des Kollektivismus auf die Stelle des sozialen Ueberbaus ein, die ihm eigentümlich war; auf den Arbeitsvertrag. Der Tarifvertrag wurde geboren. Zunächst beherrscht vom allein, individualistischen Vertragsgedanken, wurde sein Wesen später als problematisch empfunden; suchte man mehr darin, achtete man neue Gedanken. Zum ersten Male sprach das einer der frühesten Meister des Arbeitsrechts, H. Schöner, aus. Er wies darauf hin, daß im Tarifvertrag ein Kollektivwille zur Geltung komme, der jeden ihm widersprechenden Individualwillen aufhebe; nicht so, daß nun ein Nichts bleibt, sondern in der Weise, daß der Individualwille notwendig die Gestalt des Kollektivwillens annehme. Das war die Idee der Unabhängigkeit, die, einmal Gestalt geworden, nicht wieder verschwand, bis sie im § 1 der Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918 endgültig den Sieg davontrug.

Wirklich endgültig den Sieg davontrug? Die Erörterung individualistischen Denkens im Deutschland der Inflation und ihrer Folgen hat bei uns Gedanken erzeugt, die eine Gefährdung des ganzen neuen Ideenbaus darstellen. Um hier klar zu sehen, bedarf das Wesen des Tarifvertrags kurzer Erörterung. Sein eigentümliches Merkmal sehen wir darin, daß er gestalteter Kollektivwille ist. Jeder Einzelwille wird von ihm geformt, so daß er ihm gleich wird. Solcher Individualwille tritt auf bei Abschluß des Einzelarbeitsvertrags. Steht dieser unter einem Tarifvertrag, so nehmen alle Einzelklärungen Form und Inhalt der Kollektivklärung an, so, wie es der Tarifvertrag vorseht. Das sagt die W.D. mit folgenden Worten: „Arbeitsverträge sind ... inwieweit unwirksam, als sie von der tariflichen Regelung abweichen. ... An die Stelle unwirksamer Vereinbarungen treten die entsprechenden Bestimmungen des Tarifvertrags.“ Den Teil des T.V., der so wirkt, nennt man den normativen Teil. Es bestehen aber im Tarifvertrag auch Bestimmungen, die nicht tätig sind, in den Einzelarbeitsvertrag überzugehen: z. B. Bestimmungen über die Kündigung des T.V.; über Einlegung eines paritätischen Schiedsgerichts, das die abschließenden Organisationen vereinbaren.

Die Frage nach der Natur dieses „obligatorischen“ Teils hat Streit heraufbeschworen, der dadurch entstanden ist, daß man für seine Beurteilung ganz andere Maßstäbe benutzte, als für jenen „normativen“ Teil. Man wendet auf ihn die Gedanken des alten individualistischen Rechtsstrokes (R.G.B.) an. Bekanntestes und zugleich markantestes Beispiel ist die Wieder-

einstellungsklausel. Geschichtlich berühmt ist der Streit im Mitteldeutschen Kohlenbergbau im Herbst 1923. In den Friedensvertrag zu seiner Beilegung hatten Unternehmer- und Arbeiterorganisation diese Klausel aufgenommen. Einzelne Unternehmer verweigerten die Wiedereinstellung. Kann nun in solchem Falle gegen jeden einzelnen Arbeitgeber geklagt werden? Man sagt: der obligatorische Teil untersteht dem Vertragsrecht des R.G.B.; er bindet nur die abschließenden Organisationen, für deren Mitglieder entstehen nur Pflichten ihrem Verbands gegenüber, nicht gegenüber den Mitgliedern des gegnerischen Verbandes. Es wird also eine Klage einzelner Arbeitnehmer gegen ihren Arbeitgeber abgelehnt. Der Verband wird als verpflichtet angesehen, auf sein Mitglied entsprechend den Vereinbarungen hinzuwirken. Bleibt solche Einwirkung erfolglos, so ist die Klausel ohne jeden praktischen Wert. (Die Klage gegen den einzelnen Arbeitgeber ist u. a. auch vom Reichsgericht abgelehnt worden: E. Bd. 105, S. 331. E. Bd. 111, S. 178, ebenso viele Entscheidungen anderer Gerichte.) Ergebnisse haben manche Entscheidungen ein anderes Ergebnis herbeiführen wollen — was übrigens allein befriedigend würde — solange man von individualistischen Standpunkt die Dinge beurteilt, kann man nichts anderes sagen als das R.G. Nimmt man aber den Standpunkt des Kollektivismus ein, so endet die Kraft des Kollektivwillens nicht am obligatorischen Teil; auch hier muß der Individualwille Richtung und Ziel vom Kollektivgedanken empfangen, d. h. der einzelne Verbandsangehörige wird dem Angehörigen der gegnerischen Organisation unmittelbar verpflichtet. Das Kollektivrecht wird gestiftet durch Individualpflichten (Einzelheimer, Grundzüge des Arbeitsrechts, 2. Auflage 1927, S. 276). Der Spruch des Schlichtungsausschusses, der zur Beilegung des Streiks im Mitteldeutschen Kohlenbergbau führte, wollte einen Vertrag zu Lasten Dritter konstruieren (die Dritten wären die einzelnen Arbeitgeber) (vgl. Schl. Bef. 1924, S. 87), ein Urteil des O.G. Dortmund vom 26. Februar 1925 (Schl. Bef. 1925, Sp. 897) glaubte schon jetzt jeden konsequent kollektivistischen Standpunkt einnehmen zu können.

Genau die gleichen Schwierigkeiten sind bei Beendigung des Streiks in Mitteldeutschland in diesem Jahre wieder aufgetaucht. Auch dieses Mal weigerten sich einige Arbeitgeber, alle Arbeiter wieder einzustellen. Im Friedensabkommen hatte sich die Arbeiterorganisation verpflichtet: ... auf ihre Mitglieder dahin einzumirken, daß alle Streikenden wieder eingestellt würden.“ Dieser Ausdruck zeigt ganz deutlich die noch herrschende individualistisch-vertragliche Auffassung. Der einzelne Arbeitgeber wird unmittelbar nicht verpflichtet. Es ist aber gelungen, der Schwierigkeiten Herr zu werden.

Doch nicht nur, was den obligatorischen Teil angeht, herrscht Streit; der Charakter auch des normativen Teils scheint zweifelhaft zu werden. Das Geseh hat das Prinzip des Kollektivismus nicht zu durchgeföhrt. Es gestattet dem Einzelwillen sich zu behaupten, sofern er für den Arbeiter einen „günstigeren“ Inhalt hat als der Kollektivwille. Da tobt nun ein heftiger Kampf darum, wann eine solche „günstigere“ Regelung gegenüber dem Tarifvertrag vorliege. Es wird behauptet, das sei möglich, wenn zwar der Lohn niedriger sei als der Tariflohn, wenn aber durch solchen niedrigeren Lohn die Stilllegung des Betriebes verhindert würde. (So: O.G. Hannover-Minden vom 10. Dezember 1924 in Arbeitsrecht 1925, 312; O.G. Raumburg vom 30. März 1925; GewGer. Oberlahnstein vom 9. September 1924 im Schl. Bef. 1925, 177 f.) Zu so absurder Entscheidung zu kommen, ist vom Gedanken des Kollektivismus her unmöglich. Wenn der einzelne auf Tariflohn verzichtet, um Arbeit zu behalten, so sind alle dazu berechtigt; dann dürfen Arbeitslose Arbeit zu jedem Preis annehmen, da sie dann doch „günstiger“ stehen als wenn sie erwerbslos sind; d. h. der Gedanke des Tarifvertrags wäre zu Grabe getragen, würde sich solche Idee durchsetzen. Nun wurde oft zwar nicht direkt ein schlechterer Lohn vereinbart, sondern der Arbeitgeber zahlte am Lohntermin einfach einen geringeren Lohn: „Wenn nicht

paßt, mag gehen!“ Um seine Stellung zu behalten, nimmt der Arbeiter zunächst das Geld an und klagt erst nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses auf die Lohn Differenz; Er wird abgewiesen; denn er habe auf den Lohn „verzichtet“ (So: R.G. vom 27. November 1925, Arbeitsrechtsblatt N. 26, 110; R.G. Gehren 2. Juli 1925 in Arbeitsrecht 26, 417, Nr. 514; O.G. Dortmund vom 10. Juni 1926 in Gew. u. Rfm. 31, 501).

Der Gedanke des Verzichts auf Rechte ist rein individualistisch und widerspricht völlig dem, was wir oben über die Einwirkung des im T.V. zum Ausdruck gelangenden Gesamtwillens auf den Einzelwillen sagten. So haben denn auch einige Entscheidungen kleinerer Gerichte jene Verzichtstheorie abgelehnt. (So: GewGer. Altenburg vom 26. Februar 1926, Gewerkschafts-Zeitung 26, S. 39; Orlau vom 1. Dezember 1925 ebenda S. 13; Traunkstein vom 18. Juni 1926 in Arbeitsrecht 26, 818 f.) Besonders gefährlich wird diese Lehre, wie sie in der Begründung des O.G. Dresden (Urteil vom 6. Februar 1926 im Schl. Bef. Januar 1927) auftritt. Dort wird die Klage des Arbeiters auf Tariflohn als gegen die guten Sitten verstoßend bezeichnet:

„Es würde auch gegen die guten Sitten und gegen Treu und Glauben verstoßen, wenn es zulässig sein sollte, daß ein Arbeitnehmer, der lange Zeit hindurch aus i r g e n d w e l c h e n G r ü n d e n das untertarifliche Gehalt regelmäßig widerprüchlos und unter Verzicht auf den höheren Gehaltsanspruch angenommen hat, nach der Beendigung seines Arbeitsverhältnisses auf einmal alle diese alten Ansprüche als angeblich unverzichtlich geltend machen könnte.“

Von solcher Begründung ist es nicht mehr weit bis zur Erhebung der Anklage wegen Betrugs gegen den Arbeitnehmer, der auf Tariflohn klagt, wie es tatsächlich in zwei Fällen in Königsberg und Düsseldorf Staatsanwaltschaft fertig gebracht haben. Hier wird der Widerspruch zwischen den sozialen Verhältnissen und dem juristischen Ueberbau zu Proteste, hier auch ist der Punkt, wo die Gesehgebundenheit der Juristen bewußt in reaktionärem Sinne ausgebaut wird, hier beginnt die „Beträueraktion der Justiz“.

Darum müssen wir mit aller Kraft darauf dringen, daß die den neuen sozialen Verhältnissen, dem Prinzip des Kollektivismus allein entsprechenden Ideen in einem zukünftigen Arbeitsarbeitsgesetz ihren Niederschlag finden. Heinrich Reinefeld, Berlin.“

Das russische Wirtschaftsproblem.

Das sowjetrussische Problem stellt sich der europäischen Arbeiterklasse in verschiedenen Gestalten. In erster Linie als politisches Problem. Die grundsätzlichen Fragen: Diktatur oder Demokratie, ferner: evolutionärer oder revolutionärer Sozialismus drängen sich begreiflicherweise in den Vordergrund. Vom sozialpolitischen Gesichtspunkt wird die Lage der russischen Arbeiter betrachtet, inwiefern sie sich moralisch oder materiell gehoben hat. Ebenso gibt es auch ein wirtschaftspolitisches Problem Sowjetrußland. Mit diesem allein möchten wir uns anläßlich der Feier des zehnjährigen Bestehens der Sowjet Herrschaft beschäftigen. Dabei ist es leider nicht überflüssig, zu betonen, daß eine solche Untersuchung sachlich und unbefangenen sein muß, wenn sie einen Erkenntniswert haben soll. Mag jemand, wie auch wir, entscheiden auf der Seite der Demokratie und gegen die Diktatur stehen und die sowjetrussischen Regierungsmethoden für auf die europäischen Industrieländer mit ihrer ganz anders gearteten sozialen und wirtschaftlichen Struktur nicht übertragbar halten, so enthebt uns dies nicht der Pflicht, das sowjetrussische Wirtschaftssystem und dessen Leistungen sachlich zu prüfen und vor allem die objektiven Schwierigkeiten, mit denen es zu kämpfen hat, zu berücksichtigen. Die leider so häufige Betrachtungsweise, die allein die Mängel und die Anzünlichkeiten des sowjetrussischen Wirtschaftssystems darstellen und nicht auch die Gesamtzusammenhänge sehen will, läuft Gefahr, wenn überhaupt ein Bild, so ein falsches zu geben.

Wie heute ziemlich einmündig feststeht, haben sowohl Landwirtschaft wie Industrie die Vorkriegsleistung und jetzt auch die Reallohn den Vorkriegsstand erreicht. Ohne Zweifel ist dies eine nicht zu unterschätzende Leistung der Wiederaufbauarbeit nach den Kriegsverwüstungen, die in Russland noch größer waren als in anderen kriegsführenden Ländern. Trotz dieses unbestreitbaren Fortschritts besteht das russische Wirtschaftsproblem in vollem Ernst. Der Gegensatz zwischen der herrschenden Gruppe Stalin-Bucharin und der Opposition von Trozki und Sinowjew, der kürzlich zu einer scharfen Abrechnung Stalins mit der Opposition führte, mag zwar in persönlichen, innerpolitischen und weltpolitischen Differenzen mitbegründet sein, er ist aber auch wirtschaftspolitisch bedingt und hängt mit der verschiedenen Beurteilung des russischen Wirtschaftsproblems und der Mittel zu dessen Lösung zusammen.

Worin besteht nun dieses so ernste, ja schicksalsschwere russische Wirtschaftsproblem, das trotz der bisherigen Erfolge des wirtschaftlichen Wiederaufbaus den Horizont verdüstert? In den Hauptzügen sind die der russischen Wirtschaft drohenden Gefahren die folgenden: Wenn auch die Vorkriegsproduktion sowohl in der Landwirtschaft wie in der Industrie erreicht werden konnte, so besteht die Gefahr, daß die Produktion in der nahen Zukunft nicht oder nicht genügend weiter entwickelt werden kann, ja die pessimisten rechnen mit einer Verringerung des bisherigen Produktionsstandes. Der Ertrag der landwirtschaftlichen Produktion könnte allein durch eine Intensivierung der Produktion durch Einführung von Landmaschinen, vermehrten Düngemittelverbrauch usw. erhöht werden. Aber auch der Industrieapparat ist schlimm heruntergewirtschaftet und seine Erneuerung und Modernisierung stößt auf die größten Schwierigkeiten. Wegen dieser mangelhaften Ausrüstung der Industriebetriebe sind die Produktionskosten der Industrie derart hoch, daß trotz außerordentlich hoher Preise für Industrieartikel die Verkaufserlöse die laufenden Kosten, wenn man die nötigen Abschreibungen und Rücklagen für Erweiterungszwecke berücksichtigt, nicht zu decken vermögen. Die Staatsindustrie, das heißt fast die gesamte Industrie Russlands, ist auf staatliche Zuschüsse angewiesen. Aus diesem schlechten Zustand des landwirtschaftlichen und des industriellen Produktionsapparates folgert man, daß die Produktion nicht weiter ausdehnungsfähig ist, wenn nicht neues Kapital der Wirtschaft zugeführt wird. Ja, manche sind der Meinung, daß in diesem Fall nicht einmal der gegenwärtige Ertrag der Produktion aufrechterhalten bleiben kann, da diese bisher vielfach zum Kapital gehetzt hat, was schließlich einmal ein Ende nehmen muß. Mag an der teuren Produktion der Industrie auch die Unzulänglichkeit des Verwaltungsapparates, die übermäßige Ausbeutung der Bureaucratie bei den Staats trusts ihren Anteil haben, im wesentlichen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß das wirtschaftliche Grundübel die durch Krieg und Revolution herbeigeführte Kapitalknappheit ist. Die Kapitalknappheit erlaubt nicht, daß die Produktion rationalisiert, das heißt deren Ergiebigkeit gesteigert und daß außerdem die Ausdehnung der Betriebe vorgenommen werden.

Nun erscheint aber die Steigerung der Produktion angesichts der rapiden Vermehrung der russischen Bevölkerung, und zwar, da 80 Prozent des russischen Volkes in der Landwirtschaft beschäftigt sind, der landwirtschaftlichen Bevölkerung als eine unerlässliche Notwendigkeit. Um die überschüssige Bevölkerung zu beschäftigen, müßte man die Landwirtschaft intensivieren, damit dieselbe Bodenfläche mehr Arbeitskräfte erhalten könnte und müßte man neue Industriebetriebe gründen; zu beiden Zwecken wäre aber

Kapital (Maschinen, Rohstoffe, Lebensmittel usw.) nötig.

Wie könnte aber das brennende Problem der Kapitalnot gelöst werden? Für ein anderes Land kommt in dieser Lage als wichtigstes Auskunftsmitel die Aufnahme von Auslandsanleihen in Frage. Da die Möglichkeit einer großen Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte infolge des vermehrten Eigenverbrauchs der Bauernwirtschaften nicht besteht — der von der Grundrente und im Vergleich zur Vorkriegszeit auch (seit 1921) von dem großen Steuerdruck befreite Bauer konnte sich in der Tat bei guter Ernte jetzt zum erstenmal in seinem Leben satt essen —, so könnte man die für den Wirtschaftsaufbau nötige Einfuhr allein mit Hilfe von Auslandsanleihen steigern. Für Sowjetrußland ist dieser Weg versperrt, weil die kapitalistischen Länder, abgesehen von Warenkrediten geringeren Umfangs, keine Kredite für die russische Wirtschaft gewähren. Deshalb zeigt der russische Außenhandelsumsatz so verblüffend niedrige Ziffern. So ist die russische Wirtschaft auf die innere Kapitalbildung angewiesen, verkörpert durch die Warenüberschüsse, um welche mehr produziert als verbraucht wird. In den letzten Jahren stieg zwar die Produktion in großem Umfang, aber infolge Lohnsteigerung und vermehrten Eigenverbrauchs auch der Verbrauch. Das Tempo der Produktionssteigerung hat sich aber verlangsamt und muß sich, wie aus

können. Man denkt dabei nicht an eine verstärkte Beileuerung der Bauern, was auch nicht nötig wäre, weil dafür ein anderer Weg vorhanden ist. Die Industrieartikel werden nämlich fast ausschließlich durch die Staatsindustrie erzeugt und auch deren Einfuhr erfolgt durch den Staat. Gleichzeitig ist aber der Staat der größte Käufer für Getreide und landwirtschaftliche Produkte, die er sich sowohl für Ausfuhrzwecke — staatliches Ausführmonopol — wie auch für die Versorgung der Arbeiter und zur Ansammlung von Vorräten beschafft. Deshalb ist es theoretisch möglich, daß man die Verkaufspreise für Industrieerzeugnisse beliebig hoch heraussetzt, die Getreidepreise aber beliebig niedrig hält. In dieser Form soll nach Trozki die Industrie die für sie nötigen Kapitalien aus der Bauernschaft herauspressen.

Diese Lösung ist alles, nur nicht neu, im Gegenteil führte sie in den letzten Jahren bereits zu den größten Schwierigkeiten. In der ersten Zeit der Sowjetwirtschaft war die „Schere“, d. h. das Mißverhältnis zwischen den Preisen für landwirtschaftliche und Industrieerzeugnisse außerordentlich groß. Der Bauer, der vor dem Krieg etwa für 100 Getreideeinheiten einen bestimmten Artikel, Pflug oder Bekleidungsstück, anschaffen konnte, mußte dafür 300—350 Einheiten bezahlen. Diese „Schere“ hat aber, abgesehen davon, daß sie auch politisch gefährlich ist, auch schwere wirtschaftliche Folgen ausgelöst. Wenn die Preise für Industrieartikel zu hoch sind, so kann der Bauer darauf in verschiedener Weise reagieren. Unter anderem kann er die Anbaufläche bzw. seinen Arbeitsfleiß vermindern, er kann auch mehr landwirtschaftliche Produkte verzehren wie früher und kann seinen Getreideüberschuß in der Wirtschaft selbst verwerten, z. B. durch Verfütterung seines Viehstandes vergrößern. Jedenfalls kann er bei seiner großen Bedürfnislosigkeit auf die Industrieerzeugnisse bei deren hohen Preisen verzichten. Dies ist in der Tat verschiedentlich eingetreten und führte zu einer erheblichen Absinkung der Industrieartikel. Deshalb machte man große Anstrengungen, um die „Schere“ zu schließen. Man vermochte in der Tat eine erhebliche Herabsetzung der Verkaufspreise der staatlichen Trusts für Industrieerzeugnisse zu erreichen, und wenn sie immer noch allzu teuer sind und deshalb die „Schere“ noch weit geöffnet ist, so hauptsächlich deshalb, weil der Kleinbauern, der sich seit 1921 wieder in privaten Händen befindet, durch seine Preisausschläge so außerordentlich verteuert. Was nun Trozki und die Opposition vor schlagen, ist die Rückkehr zu und die Verschärfung dieses Systems der „Schere“ (die Industriehöhe mit der noch gesteigert werden). Infolge des geschilderten Verhaltens der Bauern kann man aber diesen Weg nicht beschreiten. Dabei fällt auch das politische Moment in die Waagschale: Die Bauern, die das Land unter der Sowjetregierung aufteilen, und die aus diesem Grunde gegenüber dem Industrieproletariat ideologisch ganz anders eingestellt sind als etwa in den mitteleuropäischen Ländern, sollen der Sowjetwirtschaft nicht verfeindlich werden. So erweist sich bei näherer Betrachtung die Forderung Trozki (die er allerdings auch aus politischen Gründen stellte, nämlich um die Zahl des Industrieproletariats und damit die Macht der kommunistischen Partei durch die erzwungene Ausweitung der Industrie zu steigern), als unbrauchbar. Die russische Volkswirtschaft scheint dazu verurteilt zu sein, daß ihre Entwicklung in den nächsten Jahren und vielleicht noch lange Zeit in einem sehr langsamen Tempo vor sich gehen wird.

So erscheint das russische Wirtschaftsabbild trotz der großen Fortschritte, die dort erreicht wurden, ziemlich düster. Wir müssen uns aber fragen, wie man die hier geschilderten Schwierigkeiten hätte verhüten oder beheben können? Die wirtschaftlichen Grundübel sind, um es zu wiederholen, die rückständige Produktion und

EURE
Filmberichterstattung
ist die
„VOLKSWOCHENSCHAU“

aktuell, interessant, unterhaltend, witzig und belehrend. Aufnahmen aus aller Welt mit besonderer Berücksichtigung der sozialen, kulturellen und politischen Bestrebungen der werktätigen Bevölkerung des In- u. Auslandes.
Fordert in allen Kinos die „Volkswochenschau“. Bevorzugt die Kinos, die die „Volkswochenschau“ bringen.
Filmgemeinschaft „Volkswochenschau“, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

dem bisher Erörterten hervorgeht, auch weiter verlangsamen. So würde als einziges Mittel zur Behebung der Kapitalnot nichts anderes übrig bleiben als Einschränkung des Verbrauchs. Wer soll aber den Verbrauch einschränken? Die Beleuerung der privaten Unternehmer, der sog. „Kap“-Leute, würde bei ihrer verhältnismäßig geringen Zahl für die erforderliche Kapitalbildung wenig bedeuten. Selbst Lohnherabsetzungen oder Unterlassung von Lohnsteigerungen, an welche man nicht denken konnte, solange die Vorkriegsreallohn nicht erreicht waren, könnten angesichts der verhältnismäßig geringen Zahl der in der Staatsindustrie beschäftigten Arbeiter — etwa 2 Millionen — die Kapitalbildung nicht in dem erforderlichen Maße vorwärtsbringen. So erscheint als einziger Weg die Heranziehung der Bauern zur Kapitalbildung. Dies wird eben von Trozki und der Opposition gefordert. Durch Einschränkung des Verbrauchs der Bauern sollen die zum Aufbau der Industrie nötigen Kapitalien entstehen. Dies würde nach Trozki's Meinung nach einer lebergangperiode letzten Endes auch der Landwirtschaft zugute kommen, weil erst nach Erstarbung der Industrieerzeugung billige Produktionsmittel für die Intensivierung der Landwirtschaft hergestellt werden

Die Industrie von der anderen Seite.

Die große Industrietagung in Frankfurt a. M. war zu Ende. Der große Saal des Schumann-Theaters entleerte sich. Man fürchte in die Wandelgänge, allwo ein stichtiger Imbiß für die zweitausend Männer der Industrie und deren Ehrengäste bereitstand. Viel Zeit war nicht mehr zu verlieren, denn schon warteten drei Extrazüge, die die ersauchte Verlammlung entführen sollten. Daß es sich nicht um Proletarier handelte, erlahm man bereits an diesen Zügen, die nur Wagen 1. und 2. Klasse mit sich führten. Mit militärischer Pünktlichkeit setzten sie sich in Bewegung und rollten die Bahnhofshalle hinaus. Vorbei an den Industriemeistern Frankfurts, im Tale des Mainstroms hinab. Das Ziel war Mainz-Kastel. Und ehe man es sich recht versah, hatte die Reichsbahn die teure Frucht an Ort und Stelle gebracht. Die Mainzer Straßenbahn hatte alle verfügbaren Wagen aufgeboten, um die Herren der Industrie nach den bereitstehenden Sonderdampfern zu befördern. Auch Autos waren in reichlicher Zahl vorhanden, wie dies ja bei solch zahlungsfähigen Personen nicht anders zu erwarten ist.

Da lagen sie nun, die drei großen Dampfer, mit bunten Fähnchen aller möglichen Farben geschmückt. Was man aber vergebens in dem ganzen Flaggmeer suchte, war die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold. Am Heck der Schiffe befand sich lediglich die Seeflagge mit der schwarzrotgoldenen Gisch in der Ecke. War es Zufall, daß man sich der Reichsflagge so wenig er-

innerte oder wollte man ähnlich wie die Berliner Hoteliers in Neutralität machen? Wie stimmt dies übrigens mit dem Bekenntnis zum neuen Staat überein, das Herr Duloberg in Frankfurt a. M. ablegte? Da standen sie nun auf den großen Dampfern und schauten im Rheintal hinauf und hinab, und als die Maschinen sich in Bewegung setzten und die allerdings spärlich am Ufer erscheinende Bevölkerung den davonfahrenden Dampfern nachwinkte, zogen auch manche Industrietüchtige ihr Täschlein aus der Tasche, um der Landungsstelle ein stummes Lebewohl zuzurufen. Waren die Tagungen der Industrie nur von Männern besucht, so boten die Dampfer ein farbenreicheres Bild: Frauen und Mädchen, Angehörige der großen und kleinen Wirtschaftsführer, waren in großer Zahl vertreten.

Machtvoll prustend zogen die Dampfer dahin. Man sah an reichbedeckten Kaffeetischen, die der Verbund Mitteldeutscher Industrieller neben der Rheinfahrt an sich gestiftet hatte. Da mit einmal dröhnte das Rheintal von Böllerschüssen, deren Echo die Burgfelsen mannigfaltig zurückwarfen. Erstaus sah die Bewohner aus und die französischen Besatzungstruppen schienen im Augenblick nicht zu wissen, um was es sich bei diesen Schüssen und diesen drei Sonderdampfern handelte. Die Musik spielte, und zwar auffallend viele Märsche, die man bei Stahlhelmmärschen zu hören gewohnt ist. Dazwischen Rheintlieder und heitere Stücke. Da die drei Dampfer dicht hintereinander fuhren, ergab sich aus der Musik der drei Kapellen ein seltsames Gemisch,

Der Rhein ist bekanntlich die größte Binnenwasserstraße Europas. Seine Schifffahrt ist internationalisiert. Ununterbrochen laufen gewaltige Schiffsflotten zu Berg und zu Tal. Die alten Namen Stinnes, Haniel, Kannegeher usw., die schon seit Jahrzehnten an den Dampfern der Kohlenstoppzüge zu finden sind, tauchten wiederum des öfteren auf. Dazwischen die französische Flagge, die holländische und andere. Doch neben dem bietet eine Rheinfahrt von Mainz nach St. Goar viele schöne und interessante Bilder. Wer kennt sie nicht, die alten Burgen, die rebenbesamten Hügel, die rechts und links die grünen Fluten des Rheins umflämen? Dazwischen die bekannten lieblichen Orte, auf dem schmalen Raum zwischen Felten und Wasser zusammengedrückt. So bewunderte auch diese seltsame Gesellschaft dieses herrliche Fleckchen von Erde, obwohl es den meisten von ihnen sicherlich nichts Neues war.

Der Tag neigte sich seinem Ende zu. Bestand zuerst auf den einzelnen Dampfern so etwas wie Zwangshetze, so verwandelte sich diese nach und nach in heitere Geselligkeit. Da waren die Herren der Großindustrie in ernsteren und heiteren Gesprächen untereinander und mit den Ehrengästen verflochten. Dazwischen die hohe Weiblichkeit, Journalisten und die große Zahl der kleinen Industriellen, die das Frühstück der Industrie darstellten. Minister, Staatssekretäre und Behördenexerzieren, sonst sehr schmeigame Naturen, tauschten Erfahrungen und Gedanken aus. Man lachte, plauderte und trank sich zu. Wer an prächtigen Weinbergen vorbeifährt, trinkt, wenn das Ged

der Mangel an Kapitalien. Was den ersten Punkt anbelangt, so ist der schwerfällige Apparat der staatlichen Trübsis, die Mängel der staatlichen Planwirtschaft für die relativ immer noch geringe Ergiebigkeit der Produktion ohne Zweifel miterantwortlich. Indessen wurden ernste Versuche gemacht, diesen Lebeln abzuhelfen, die staatlichen Industrien auf kaufmännische Grundlage umzustellen und auch die Ergiebigkeit der menschlichen Arbeitskraft zu steigern, wenn auch alle diese Bestrebungen an der Kapitalknappheit und auch an der natürlichen Veranlagung der russischen Arbeiter und Bauern ihre Grenzen finden. Wir dürfen uns aber keineswegs auf den Standpunkt stellen, daß die Sowjetindustrie nur deshalb teuer produziert, weil sie eine Staatsindustrie ist. Im Gegenteil müssen wir uns zu diesem System der Staatsindustrie wie auch zum Außenhandelsmonopol trotz ihrer in Sowjetrußland vorhandenen Mängel bekennen, und deren Fortbestehen als einen politischen Erfolg ansehen. Was aber den zweiten Punkt, die Kapitalknappheit anbelangt, so sehen wir, daß diese allein mit Hilfe von Auslandsanleihen behoben werden könnte. Diese Anleihen hätte aber die Sowjetregierung nur erhalten können, wenn sie vor allem die Vorkriegs- und Kriegsschulden der zaristischen Regierung anerkannt und sich zu deren Tilgung, wie auch zur Rückgabe der sozialisierten, oder wie es in der kapitalistischen Welt heißt: „geraubten“ Betriebe und Grundstücke ausländischer Besitzer bereit erklärt hätte. In Amerika wurde wiederholt diese Bedingung für die Anerkennung Sowjetrußlands und, was damit zusammenhängt, für die Gewährung von Auslandsanleihen gestellt. Vergänglich hätte sich Sowjetrußland im Inland demokratischer Mittel bedient und dem Terror entsagt — ohne die Anerkennung der Schulden und Rückgabe des fremden Eigentums könnte es keine Auslandsanleihen erhalten. Dies soll freilich nicht bedeuten, daß wir den Übergang der Sowjetregierung zur Demokratie aus andern Gründen nicht auf das energischste wünschen und fordern. Wie die Sachen aber stehen, kann man der Sowjetregierung nicht die Schuld an der Verweigerung der Auslandsanleihen beimessen. Wenn man so bestrebt ist, die Verantwortlichkeiten gerecht zu verteilen, so kann man nicht umhin, für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Rußlands zum großen Teil den Weltkrieg und die allgemeine Rückständigkeit der russischen Wirtschaft, die durch die Aufstellung des Bodens zunächst nicht behoben werden konnte, verantwortlich zu machen, und das ausländische Finanzkapital, das nicht gewillt (bzgl. dem es nicht erlaubt) ist, einer Arbeiterregierung Kredite zu geben. Die Fehler der Sowjetregierung auf wirtschaftlichem Gebiet kommen dabei erst an letzter Stelle. Um es zu wiederholen: wie immer man sich zur politischen Frage Sowjetrußland stellt, und wie sehr man auch Grund hat, die unfruchtbarste Politik der europäischen kommunistischen Parteien zu bekämpfen, so ist es unrichtig und ungerecht, die bisherigen wirtschaftlichen Erfolge Sowjetrußlands nicht anzuerkennen und für die bestehenden großen Schwierigkeiten allein das System verantwortlich zu machen.

M. H. a. l. a. s. i.

Der Arbeiter und die Literatur.

Eine begrüßenswerte Erscheinung ist es, daß sich in weiten Arbeiterkreisen immer mehr der Gedanke durchsetzt, ebenfalls einige Kenntnis über das Wesen und die Bedeutung unserer deutschen Literatur im allgemeinen zu erlangen. Mannigfach sind die Bestrebungen und Zusammenhänge, die dabei eine Rolle spielen. Das heutige Leben erfordert auch vom Arbeiter bereits ein höheres Maß von Kenntnissen auf allen Gebieten, die er sich zum Teil nur aus Büchern erwerben kann; denn nicht alles kann der einzelne

Mensch erleben. Hier sind also schon die ersten Zusammenhänge zwischen Literatur und Leben für den Arbeiter ohne weiteres gegeben. Viele Arbeiter aber haben auch bereits erkannt, daß die Vormachtstellung der sogenannten „Intellektuellen“ im Staate und in der Wirtschaft zum großen Teile zurückzuführen ist auf ihre bessere Bildung, die sie genießen konnten dank eines größeren Geldbeutels ihrer Eltern; denn nicht immer ist natürliche Veranlagung für die sogenannte höhere Bildung der Grund des Mehrwissens. Dünkelhafte Ueberheblichkeit paart sich dabei auch noch oftmals mit einer zynischen Nichtachtung dem elementaren Wissen des Arbeiters gegenüber. Leider wird dadurch so mancher Arbeiter eingeschüchtert, selbst in unserer heute doch schon so vielseitig aufgeklärten Zeit; und andere wieder werden dadurch verärgert und zur Widergesetzlichkeit gegen jede Bildung überhaupt gereizt; beides Vorgänge, die leicht begreiflich sind.

Was hier vom Arbeiter im allgemeinen gesagt ist, gilt in noch weit höherem Maße für die Arbeiterin, die bis vor noch wenigen Jahren völlig rechtlos war. Selbst die eignen Klassengenossen suchten ja mittelbildete Arbeiter, wenn die Arbeitsschwerter über irgendein Problem mitreden wollte. Als Bebel's Buch: „Die

nicht zu verkennen ist, daß es den Frauen im Laufe der Jahre glückte, in alle möglichen Stellen zu gelangen, die vorher noch der Mann mit allen Mitteln für sich zu reservieren mußte.

So sehen wir ein immer stetes Vorwärtsschreiten auf allen Gebieten. Einen wesentlichen Anteil an diesem Entwicklungsprozeß aber hat die deutsche Literatur, und besonders unsere soziale und sozialistische Literatur, in der das vorher erwähnte Buch von August Bebel mit an führender Stelle stand. Welche Bedeutung es erlangte, mag aus folgenden Angaben zu ersehen sein: Im Jahre 1910 erschien es in 59. Auflage, wiederholt durchgesehen, verbessert und erweitert; aber außerdem wurde es in rund 20 fremde Sprachen übersetzt. Es ist wohl selten einem Buche eine solche internationale Verbreitung zuteil geworden, ganz abgesehen von der Bedeutung, die es hierzulande in allen Bevölkerungsschichten erlangte. Vielleicht ist dieses Buch aber noch viel zu wenig von der Arbeiterschaft beachtet worden.

Der Grund dafür liegt allerdings weniger in der Höhe des Arbeiters begründet als vielmehr in seiner Erziehung und in seiner wirtschaftlichen Lage. Als Bebel's Buch erstmals erschien, war die 14- und 15-jährige Arbeitszeit noch sehr im Schwange; dazu kamen im allgemeinen Löhne, die nicht einmal zur Deckung des allernotwendigsten Lebensbedürfnisses ausreichten. Es sei u. a. auch an die Hungerernten der schlechtesten Weber erinnert, von denen eine in Gerhart Hauptmann's Jugendwerk „Die Weber“, das er im Jahre 1893 auf die Bühne brachte, geschildert wird, und zwar in ergreifendster Naturalistik. Hier sehen wir auch zugleich den Zusammenhang zwischen Leben, Literatur und Kunst; die Literatur tritt als Mittlerin auf. Der Begriff: „Die Kunst dem Volke“ ist ja durch unsere großartige Volkstheaterbewegung längst hinaus aus dem Stadium des Schlagwortes. Wir sehen auch auf dem Gebiete der Kunst den Arbeiter nach immer weiterer Vervollkommnung seines Wissens streben. Was falsche Erziehungspolitik der Schulen und anderer staatlicher Einrichtungen der Hohenzollernzeit sündigte, läßt sich natürlich nicht in kurzer Zeit wieder wettmachen. Selbsthilfe ist deshalb auch hier noch dringend notwendig; vor allem muß aber zunächst das Verständnis für die Bedeutung der Literatur bei der Arbeiterschaft mehr als bisher geweckt werden. Dazu sollen eine Reihe noch folgender Aufsätze beitragen.

Die Reichsregierung gegen die Veranlagungssucht der Reichen.

Ueber die Reichsregierung ist plötzlich die Erleuchtung gekommen, daß man (parlamentarisch) mit den gesellschaftlichen Veranstaltungen werden müsse. Nach den Feststellungen der Regierung sind die gesellschaftlichen Verpflichtungen in der Reichshauptstadt und darüber hinaus derart engemacht, daß dieser Zustand in einem trassen Gegensatz zu den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen steht. Sie kam deshalb zu dem Entschluß, in ihren eigenen Veranstaltungen die größtmögliche Einschränkung und Einfachheit anzustreben und ihre Teilnahme an feierlichen Veranstaltungen von anderer Seite auf das äußerste Mindestmaß zu beschränken. An die Veranstalter öffentlicher und privater Festlichkeiten richtet die Regierung die Mahnung, sich die gleichen Obadentengänge zu eigen zu machen. Die Winterferien der Festlichkeiten soll mit dem Fastnachtsdienstag ihr Ende erreichen. Die Reichsregierung wird von diesem Tage ab eine Beteiligung an gesellschaftlichen Veranstaltungen grundsätzlich ablehnen.

Die Reichsregierung will also erzieherisch auf die deutsche Bevölkerung einwirken. Die Arbeiter und Angestellten brauchen zu einer Einschränkung ihrer gesell-

Warum ist das Krankengeld so niedrig?

Weil du dich um die Krankenkasse nur kümmerst, wenn du krank wirst.

Mitarbeiten mußt du. Zunächst mußt du dich an den Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen beteiligen. Diese sind der Grundstein, auf dem aufgebaut werden muß.

Jeder wähle die Kandidaten der Gewerkschaften!

Frau und der Sozialismus“ im Jahre 1883 zum ersten Male erschien, hörte nicht nur die proletarische aufgeklärte Welt auf, sondern Bebel's Ruf zur Befreiung der Frau fand selbst bei den politischen Gegnern einen Resonanzboden; denn auch dort, in den sogenannten „Intellektuellen“ Schichten, war die Frau mehr oder weniger die Stavin des Mannes, der sie lieblich als „Weibchen“ betrachtete. Aber für diese Frauen war es weit leichter, die ihnen vorenthaltenen Bildungsmöglichkeiten zu gewinnen. So sehen wir dann auch im Laufe der Jahre immer mehr weibliche Studierende an den Universitäten, obwohl sich die meisten Universitäten zunächst gegen die Zulassung der weiblichen Studierenden lange Zeit und oft ganz energisch sträubten. Aber immer mehr setzte sich dann die Frauenbewegung durch, und so sehen wir heute, nach rund 50 Jahren, auch schon einige weibliche Ärzte und Rechtsanwältinnen in Deutschland, und neuerdings soll ja auch schon der erste weibliche Ministerpräsident von den Behörden bestätigt worden sein. Es ist eigentlich bitter wenig, was bisher erreicht wurde, wenn auch

keine Rolle spielt, nicht nur Kaffee. So türmten sich die Weinschalen auf den Tischen. Bonolen wurden angefeuert — die Seilpropfen knallten und dazwischen die Musik, die zu immer heiteren Weisen ausholte. Stumm und gigantisch schaute der Korbsteifen auf diese seltsame Gesellschaft herab, wo von trauriger Ergriffenheit nichts zu merken war. Bis St. Goar war die Fahrt gedacht, dann hielten die Dampfer, um einige Passagiere an Land zu setzen und logisch wieder den Rhein hinaufzufahren.

Langsam senkte sich die Nacht auf das Rheintal hinab. Immer lustiger wurde es auf den Dampfern, immer schneller erdröhnten die Böllerschüsse, immer höher wuchs die Zahl der leergetrunkenen Weinschalen und immer angenehmer drang die Musik in die Ohren. Was Wunder, wenn hier und da ein Herrscher der Industrie von dem Menschenräudel sich löste und im rhythmischen Tanz dahinschwebte. Die Industrie tanzt zum Jazzschlag! Der Mensch kam zu seinem Recht. Die Industrieführer können sich nicht nur in ernste Probleme vertiefen, sie können auch lustig sein. Das konnte man hier wahrnehmen. Alle Gegenstände, zum Beispiel zwischen Groß- und Fertigungsindustrie, waren verschwunden und die drei Dampfer in einem Taumel von Unterhaltsamkeit und rheinischer Fröhlichkeit versunken. Da kam der letzte Akt des Schauspielers, nämlich ein auf viele Kilometer sich erstreckendes Feuerwerk. Die Ufer des Rheins waren plötzlich in blendendes Feuer gehüllt. Die Wein- und Seckfirmen namentlich ließen die Gelegenheit nicht vorübergehen, um eine leuchtende Reflektoren weithin zu strahlen zu

lassen. Lebende Bilder, in Feuer gehüllt, sind weithin sichtbar. Kometen stüben ununterbrochen in die Luft. Farbenprächtige Sterne prasseln und plagen über dem Rheintal. Leuchtende Korallenbänke tauchen auf und versinken wieder im Dunkel der Nacht. Leuchtliche Schauteln auf dem Strom. Die mächtigen Ruinen und Bergspitzen erstrahlen im hellen Glanze und heben sich gespenstisch vom Nachthimmel ab. Und zum Schluß rieselt ein Wasserfall von Licht und Feuer von einer Rheinbrücke bei Mainz in die Fluten hinab. Ein brennender Niagara von unbeschreiblicher Schönheit! Eine einzige Pracht der Feuerwerkstechnik! Die Heimfahrt botte ihren Höhepunkt erreicht. Ganz kühle Menschen überlegten im Stillen, wie ein solches Schauspiel, daß Tausende von Markt gefolgt hat, mit der Rede des Herrn Dr. Duisberg, der von der Vergnügungssucht der deutschen Bevölkerung sprach, in Uebereinstimmung gebracht werden kann.

Doch noch etwas anderes regte den Kritiker zum Nachdenken an: Vor einundachtzig Jahren entstand das berühmte Gedicht von Ferdinand Freiligrath „Von unten auf“. Mit prächtigen Worten wird dort geschildert, wie der König, der in Freuden herrscht, nach seiner Rheinburg fährt, und welche Gedanken dabei den Raschmisten befehlen. Freiligrath läßt letzteren unter anderem sagen:

„Wie mahnt dies Boot mich an den Staat! Höchst auf den Höhen, wandelst du! Tief unten aber, in der Nacht und in der Arbeit dunklem Schoß,

Tief unten, von der Not gespornt, da schür' und schmied' ich mir mein Loos! Nicht meines nur, auch deines, Herr! Wer hält die Räder dir im Laß, Wenn nicht mit schweißharter Faust der Heizer seine Ellen packt?“

So ließ Freiligrath vor vielen Jahrzehnten den großdenkenden Jynkopen murren. Und wie wahr sind auch heute noch die Worte, die er sprach: „Es liegt an mir — ein Auf von mir, ein Schlag von mir zu dieser Frist, und siehe, das Gebäude stürzt, von welchem du die Spitze bist.“ Die Könige sind im Ortus der Geschichte verschwunden, an ihrer Stelle stehen die Kommandeure des Wirtschaftslebens. Die Herrschaft hat gewechselt, die Proletarier sind geblieben. Die Herren der Industrie führen nicht lechspännig wie dormalst der preußische König den Stolzensesseln hinan, sondern per Etzrag nach Frankfurt und von dort nach ihrer Heimat. — Feste verrauschen, das ewige Einerlei des Alltags tritt an ihre Stelle. Aber bleiben ist der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Deshalb war eine Gegenüberstellung der Rheindampferfahrt des Reichsverbandes der Deutschen Industrie mit dem herrlichen Kampfgedicht von Freiligrath am Plage. Und mit Freiligrath ruft das Proletariat den Herren der Länder von heute zu:

„Ich bin der Tiefe, der nicht want! Ich bin's, durch den zum Siegesfest Ueber den tosenden Strom der Zeit der Hellaand Geist sich tragen läßt!“

schafflichen Veranstaltungen nicht angeht zu werden. Denn sie haben dazu weder Zeit noch das nötige Geld. Uns sind auch keine Fälle bekannt, daß die Reichsregierung und andere amtliche Stellen angehalten worden sind, an Veranstaltungen der großen Masse des Volkes teilzunehmen. Aber auf der anderen Seite ist es in der Tat so, daß die Veranstaltungen, bei denen es sehr prunkvoll hergeht, kein Ende nehmen. Sämtliche besseren Lokale in Berlin sind bis zu Ostern fast zu jedem Tage in der Woche vergeben. In bestimmten Kreisen unserer Bevölkerung muß doch Geld in Hülle und Fülle vorhanden sein, wenn sich sogar die Regierung veranlaßt sieht, öffentlich zur Einschränkung der freien und festlichen Veranstaltungen zu mahnen. Währenddessen müssen große Streiks geführt werden, um den unteren Schichten wenigstens die nackte Existenz zu sichern. Bei der arbeitenden Bevölkerung gibt es weder eine Winter- noch eine Sommerfaison der Festlichkeiten. Das ganze Jahr hindurch das ewige Einetzel in der Sorge um die Existenz. Der andere Teil des Volkes braucht Abwechslung in ihrem „schweren“ Dasein.

Die kapitalistische Wirtschaft hat die Bevölkerung in zwei Nationen geteilt: die der Besitzenden und die der Besitzlosen. Es ist nun reizvoll, daß selbst die Reichsregierung den einen Teil der Nation zur Sparmaßnahme ermahnen muß und als schärfstes Mittel den Boykott der Behördenvertreter in Aussicht stellt.

Die Frau ist die Hauptstütze im Lohnkampf.

Die Bedeutung der Hausfrau im Wirtschaftsleben dürfen wir als bekannt voraussetzen. Sie ist die Verwalterin des größten Teiles des Volkseinkommens. Mehr als 60 Proz. des Volkseinkommens gehen nach den Berechnungen von Prof. Hirsch durch die Bedienten, d. h. sie werden für den unmittelbaren täglichen Verbrauch ausgegeben. Es ist aus diesen Gründen natürlich, daß die Frau an der Einkommensgestaltung des Mannes im besonderen Maße interessiert ist. Bestände bei den Frauen überall die natürliche Einsicht, dann müßten sie die besten Vorkämpfer für die gewerkschaftliche Idee sein. Doch es wies sich anders, denn das Leben sehr häufig. Welche Aufklärungsarbeit hier noch geleistet werden muß, dürfte deshalb nicht näher zu bemerken sein. Doch wenn die Frau einmal von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes überzeugt ist, dann wird sie zu einem der treuesten Anhänger.

Bei großen Streiks haben wir des öfteren die Wahrnehmung gemacht, daß Frauen es waren, die die Männer zum Durchhalten ermunterten. Wieder einmal mehr gehungert, als ein Hungern ohne Ende. Der mit mütterlicher Ruhe geführte Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier hat auch leuchtende Beispiele von dem Kampfermut der Frauen gebracht. Ein Berichterstatter des „Fr. Zig.“, der das Streikgebiet besuchte, schreibt in seinem Bericht folgende Bemerkung über die Frau als Kampffaktor ein:

„Entscheidend ist die Frau. Auf ihr ruht zuletzt die ganze Last. Der Mann gibt das Geld. Sie muß rechnen, rechnen. Genau, jeden Pfennig. Ist sie ein Prachtgeschöpf, dann gibt es noch ein Familienleben, ist sie weniger widerstandsfähig, weniger mütterlich, kann es zur Hölle werden. Ohne jede Schuld auf irgendeiner Seite. Die Frau ist die Hauptstütze im Lohnkampf, denn sie ist die Begleitende.“

Die Frau ist die Hauptstütze im Lohnkampf! Das stellt der Berichterstatter einer bürgerlichen Zeitung fest. So sollte es überall sein. Die Frau muß, das ist ihre ortschaftliche Stellung, ihren Pflichten als Hausfrau und Mutter schuldig, zur aufrechtesten Kämpferin für die gewerkschaftliche Idee werden. Es ist Aufgabe der Männer, die Frauen aufzuklären und sie entsprechend ihrer Einstellung mit den gewerkschaftlichen Einrichtungen bekanntzumachen. Frauenaufklärung bringt den höchsten Gewinn, verbürgt der Gewerkschaftsbewegung die nötige Stabilität. Da die Frau die Erzieherin der Kinder ist, geht diese Einsicht auf die nächsten Geschlechter über. Wir zerbrechen uns vielfach die Köpfe über bessere und wirkungsvollere Agitationsmethoden. Hier liegt ein Feld von ungeheurer Ergiebigkeit. Bedenkt es!

Aus den Zahlstellen.

Dresden. Ein Lichtbildvortrag hatte am 26. Oktober im Volkshaus eine gutbesuchte Mitgliederversammlung. Genosse Jungnickel brachte „Hamburg und sein Hafen“ in einem einstudierten Vortrag den Mitgliedern zu Gesicht und Gehör. Er berichtete über den Weltkampf, der sich von und nach Hamburg in alle Weltteile erstreckt. Trotzdem es hundert Kilometer vom Meere entfernt läge, so könnten doch alle großen Ozeandampfer auf der Unterseite bis nach Hamburg einfahren. Daher entwickelte sich auch dort ein internationaler Verkehr und man höre in Sprachen aller Herren Länder reden. Auch zeigte er uns das alte Hamburg mit seinen giebeligen Häusern, die zur Zeit der großen Choleraepidemien den eigentlichen Seuchensherd bildeten. Auch die prächtigen Monumentalbauten, unter anderen das mächtige Hauptpostamt, wurden uns im Bild vorgeführt.

Eine Hafenrundfahrt, die der Vortragende in einem Tender mitgenommen, zeigte uns die verschiedenen Arme der Elbe und der Alster, den Freihafen, die Fischerställe und die mächtigen Ueberlehdampfer. Am Schluß seiner Ausführungen, die großen Beifall auswärtigen, wünschte der Redner den Zuhörern die Möglichkeit, dies alles einmal persönlich und natürlich in Augenschein nehmen zu können.

Unter gewerkschaftlichen Erwähnte Kollege Herrmann, daß Verhandlungen zwischen, die eine zünftigenartliche Vereinbarung im Buchdruck erstreben. Dergleichen solle auch im Steindruck Verfahren werden. Ein Vorschlag der Dresdenermaltung, an diese Prinzipale heranzutreten, wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, auch dieses Jahr Weihnachtsgesammlungen für arbeitslose, kranke und invalide Mitglieder auszugeben. Am Schluß wies Kollege Herrmann noch darauf hin, daß jeden Dienstag die Unterriedungs-

kurze stattfinden, er ladet die Mitglieder zu reger Beteiligung ein.

Krefeld. Ein Bezirkstreifen der niederrheinischen Druckorte Kempen, Krefeld, M.-Gladbach, Rheinb., und Biechen fand am Sonntag, dem 30. Oktober, im großen Förster-Jordanhallen Saale statt. Die Bemühungen des Kreisförster-Jordanhallen, dieser ersten Bezirksoberanstaltung eine würdige Umrahmung zu geben, sind leider nicht durch reiflichen Belustigung unterstützt worden. Namentlich die Kollegenchaft vom Tagungsort lebte war nur schwach vertreten. Trotz dieser nicht lobenswerten Feststellung kann die Tagung als eine recht gelungene bezeichnet werden.

Nach Eröffnung und Begrüßung durch den Kreisförster-Jordanhallen brachte der Buchdrucker-Verband „Typographia“, Krefeld, zwei Klängevolle Vieder zum Vortrag, die allseitig Anklänge fanden. Goulette Heilmann, Köln, sprach dann über den Zweck der Veranstaltung und gab in kurzen Zügen einen Rückblick über die Entwicklung unserer Organisation. Insbesondere nahm er die organisatorischen Hemmnisse und Schwierigkeiten am Niederrhein unter die Lupe. Den anwesenden Beisitzern mit unserer beruflichen und organisatorischen Verbundenheit mit unserer Kollegenchaft vor Augen Die Hilfsarbeiterorganisation sei im vier Kampfe der Buchdrucker um die Erringung des Neunfundentages geboren worden. Seit dieser Zeit haben wir stets mit dem Buch- und Steindruckern Schulter an Schulter um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gekämpft. Bisher sei es daher für alle Berufsangehörigen, den Nachwuchs und besonders die weibliche Hilfsarbeiterchaft im Betriebe aufzutreten und der zünftigen Organisation zuzustimmen.

Hierauf nahm Verbandsvorsitzender, Kollege Bucher, lebhaft begrüßt, das Wort. In knapper Weise sprach er zunächst von dem Flaggenschmuck, den die Stadt Krefeld am Tage unserer Veranstaltung angelegt habe. Die alten monarchischen Farben bewiesen, daß der festliche Empfang nicht uns gelte, sondern einer Regimentsfeierlichkeit. Seine Leute seien auch nach Krefeld geeilt, um Rückschau zu halten über ihre alte burrapatriotische Vergangenheit. Auch wir hielten Rücksicht, aber nicht auf uniformierte Märschtruppen, sondern der mühsamen Arbeit, die der Kollegenchaft zur Wehrung aus menschenunwürdigen Zuständen ergolten habe. Vor allem aber seien unsere Tagungen der Gegenwart gewidmet, aus der wir unter den beteiligten republikanischen Farben Schwarz-Rot-Gold eine bessere Zukunft für die Arbeiterklasse bauen wollen. Mit der besonderen Art, wie Kollege Bucher immer auf seine Zuhörer einzurücken versteht, streifte er dann den Stand unserer tariflichen und organisatorischen Bewegungen. Wir müssen es uns verlagern, auf diese interessanten Darlegungen näher einzugehen, damit die Kollegenchaft in Zukunft selbst erscheint und Worte aus beruhendem Munde an der Quelle auf sich wirken läßt. Unter dem starken Beifall der Versammlung forderte er zum Schluß seiner Ausführungen die Kollegenchaft zur Wachsamkeit, Mitarbeit und Treue zur Organisation auf. Nach nochmaligen geselligen Darbietungen der Kreisförster „Typographia“, Agitationen und Musikvortrügen schloß die einstudierte Veranstaltung. Die Kollegenchaft blieb noch einige Stunden gemütlich zumalmen. Dem Kreisförster-Jordanhallen, dem Gesangsverein „Typographia“ und allen Mitwirkenden sei auch an dieser Stelle herzlich für ihre Mitarbeit gedankt.

Rundschau.

Die Diebstahle. Bei einer Untersuchung der Berechtigung von Einzelschadenswegen seiner Vertretung im Reichswirtschaftsrat machte Dr. Karl Müller in Nr. 20 des „Konjunktionsgesellschaftlichen Volksblattes“ folgende treffliche Rechnung auf: Auf jede Konjunktionsgesellschaft entfällt nach den letztjährigen Umlagezahlen ein Jahresumlauf von weit mehr als 100 000 M., während auf jeden Baden eines Einzelhändlers ganze 25 000 M. Jahresumlauf kommen. Das aber läßt erkennen, daß der Handel von einer rationalen Warenverteilung noch unendlich weit entfernt ist. ... Die Vielfalt aller privaten Einzelhandelsbetriebe sind ohne weiteres überflüssig. Von den 600 000 Einzelhändlern müssen also im Interesse einer dringend notwendigen Rationalisierung der Warenverteilung mindestens 450 000 verschwinden. Erst dann, wenn das geschehen ist, wird der Einzelhandel sich mit den Konjunktionsgesellschaften in Vergleich stellen können. Solange zum Schaden der Verbraucher und der Volkswirtschaft noch eine derart große Zahl von mehr als überflüssigen Einzelhandelsbetrieben vorhanden ist und solange weiter mit organisatorischen und anderen Mitteln versucht wird, jede Verringerung dieser Ueberzahl und damit auch jede vernünftige Preispolitik und jede Rationalisierung in der privatkapitalistischen Warenverteilung zu verhindern, solange wird der private Einzelhandel nicht umhin können — wenn er ehrlich ist —, die bessere Organisation und die Ueberlegenheit der konjunktionsgesellschaftlichen Warenverorgung anzuerkennen. Es käme einer Präzisierung der wirtschaftlichen Rückständigkeit und der Inzulänglichkeiten des privatkapitalistischen Einzelhandels gleich, wenn man, um der großen Zahl der überflüssigen Einzelhändler willen ihnen eine größere Vertretung im Reichswirtschaftsrat zubilligen würde. Dem Anspruch der Einzelhändler halten wir weiter entgegen, daß der Einzelhandel in seiner wirtschaftlichen Bedeutung in dem gleichen Maße rückfällige Tendenz zeigt, wie er sich an Zahl vermehrt. Denn ohne Zweifel muß die wirtschaftliche Bedeutung des Einzelhandels in dem gleichen Maße geringer werden, in dem die konjunktionsgesellschaftliche Warenverorgung sich ausdehnt.

Ein Indar, ein Berfer, ein Tärke und ein Deutscher lösen zumalmen im Café und unterhalten sich. „Die Verhältnisse meines Volkes sind erlaunlich“, sagte der Indar, „ich sah, daß neulich einer eine Schlange in einen Egel wandelte.“ „O“, sagte darauf der Tärke, „ich sah neulich einen Türken einen Botlich Waffer in ein Flammenmeer verwandeln.“ „Ich denke, daß ich Sie schlage, meine Herren“, sagte der Berfer, „ein Angehöriger meines Volkes verwandelt neulich eine Hähne in ein Ziegenlamm.“ Der Deutsche schloß ein, so sehr langweilten ihn die Geschichten der anderen. „Aber sagen Sie“, fragten ihn der Tärke, der Berfer und der Indar, „finden Sie denn nicht erlaunlich, was wir eben erzählten?“ Der Deutsche gähnte: „Wenn Sie wüßten, was unter Streifmann immer aus den Reden seiner Ministerkollegen machen muß, dann würden Sie solche Fragen nicht stellen!“ (Aus der letzten erschienenen Nr. 10 des „Wahren Jacob“.)

Festherr u. Knigge und das Bürgerum. In diesen Tagen wurde Knigges 175. Geburtstag gefeiert. Er war der älteste Sittenlehrer des Bürgerums. Von seinen Schriften hat das im Jahre 1788 erschienene Buch „Ueber den Umgang mit Menschen“ die größte Beachtung gefunden. Es ist eines von jenen Werken, welches im Strudel der Zeit nicht unterging. Das Bürgerum hat sich auf dieses Werk gestützt, um die sogenannte „gute Erziehung“ des Adels aufzuheben. Und all die Jahrzehnte hindurch wurde das Buch in immer neueren Auflagen gedruckt. Es gehörte im Bürgerum zum guten Ton, daß jeder vorwärtsstrebende Mensch Knigge geliehen haben mußte. Sind es aber auch schon 140 Jahre her, seitdem dieses Buch erschien, so sind einige Sätze auch heute noch beachtlich. Greifen wir einige heraus:

„Bestärkt die Großen nicht in den Grundtugenden von angeborenen Vorzügen, den Herrscherrechten, von Geschlecht und dergleichen Grillen. Heuchele nicht!“ Ueber die Priester dachte Knigge folgendermaßen: „Ihr Ehrgeiz ist unermesslich; ihr geistlicher Stolz, ihr Despotismus, ihre Herrschsucht ohne Grenzen. Die Ehre Gottes ist das Feldgeschrei, wenn sie den unzufriedenen, ruhigen Bürger, der ihnen nicht opfert, bis in den Tod verfolgen. Ihre Klugheit ist fürchterlich, unerfährlich, ihre Feindschaft unerschütterlich — ich rede aus Erfahrung.“ Ueber den Umgang mit „Geringeren“ gab Knigge folgende Anweisung: „Ehre das wahre Verdienst, den echten Wert auch im niederen Stande. Siehe nicht die niederen Klassen bloß aus Eigennutz und Eitelkeit vor, um die Stimme des Volkes auf unsere Seite zu bringen.“

Das Bürgerum ist stolz auf seinen Knigge. Mir glaubten aber kaum, daß alle seine guten Ratschläge die Jahrzehnte hindurch richtig beachtet und befolgt worden sind. Auch das Bürgerum von heute und nicht zuletzt die Unternehmer könnten aus Knigge noch viel lernen.

Humor aus der Praxis der Abonnentenerforschung. Wird da ein lustiges Gedichtchen erzählt. Ein eifriger Vertreter einer Versicherungsgesellschaft erhält von seinem Vorgesetzten oder von der Vertriebsstelle die Aufforderung, in den umliegenden Dörfern das Evidenzbuch I. zu „arbeiten“ und vor allem als auftragsfähiges Propagandamittel anzusehen. In I. besonders hoch regulierten Schadensfall anzuführen. Der Kunge Reizende aber sagt sich mit Recht, daß es doch dann in erster Linie angebracht sei, in I. selbst ans Werk zu gehen. Er tam hin und ging von Tür zu Tür. Ueberall fand er aber eine sehr unfreundliche Aufnahme — und meistens blieb es dabei nicht. Schließlich stellte sich heraus, daß es mit dem „Propagandafall“ eine etwas andere Bemandnis hatte. Die Empfangsberechtigten sind infolge der simplen Versicherungsbedingungen nur mit einer bescheidenen Trostsumme abgefunden worden. Darob herrschte allseits große Erbitterung auf die Abonnentenerforschung. „Jetzt weiß ich auch“, erklärte sich der Agent, „warum ich nur noch den umliegenden Orten hingehen sollte!“

Enttäuschungen gibt es, wie die Praxis zeigt, in der Abonnentenerforschung viel. Arbeiter, Angestellte und Beamte sollten wissen, was sie sich und ihre Angehörigen verschaffen.

Literatur.

Der Arbeiter. Von H. Schiller. In rotes Einbandpapier gebunden mit Abbildungen und Beilagen. Preis 1 M. Verlag Kubothr. Bielefeld, Ostwall 6 1.

Sozialismus und Kultur. Herausgegeben vom Sozialistischen Ausschuss. enthält die Verhandlungen des Wiesentener Kulturtages, 120 Seiten hart, zum Preis von 1,50 M., durch den Buchhandel und durch den Sozialistischen Ausschuss zu beziehen.

Verlagsschiff des Deutschen Arbeiter-Verbandes. D. M. S. S. Berlin 1921. Ein reichhaltiges Werk. Ein Belegheft über Soziale Arbeit und Soziale Arbeit für Haus- und Wirtschaftler. Bildhauer, Buchbinder, Drechsler, Instrumentenmacher, Altmeyer, Treppenhauer, Postkammer, Steinmetz, Tischler, Schmied, Maschinenarbeiter. Ich in jedem Verlage erschienen und wird jedem Interessenten auf Wunsch kostenlos zugestellt.

Der alte Steinhauer Recht und Gewohnheiten. Von Rudolf Weiser. Verlag Zentralverband der Steinhauer Deutschlands. Bielefeld. Preis 1,20 M.

Stilles Denken. „Zustände“, Rufing und Grafen mit einem Belegheft und 12 Belegheften. Schöningh Verlagsgesellschaft und Druckerei G. M. S. S. Jena 1921. Actonplatz. 88 Seiten. 1,20 M.

Briefkasten.

Was in Frankfurt a. M. Was Sie abgeschrieben haben, hat uns schon vor Wochen im Original vorgelesen. Sie hätten sich also die Mühe sparen können, oder wollten Sie sich als Schlichter ausgeben?

Abrechnungen.

In der Woche vom 7. bis 12. November sind folgende Abrechnungen bei der Hauptkasse eingegangen:

Gau II Frankfurt a. M., Gau IV München, Gau VIa Leipzig, Gau VIIa Magdeburg, Gau IX Bez. Bielefeld, Gau X Hamburg.

In Geldbeträgen kamen in derselben Zeit: Frankfurt a. M. 10 155,95 M., München 8454,13 M., Leipzig 33 927,40 M., Magdeburg 2340,53 M., Hannover 2300,— M., Bielefeld 5728,61 M.

Berlin, 12. November 1927.

Heinrich Sobahl.

Für die Woche vom 20. bis 26. November 1927 ist die Beitragskarte für das 47. Feld des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte zu liefern.

Unserer lieben Kollegin Elisabeth Wehner geborene Wenz und ihrem Gemahl Herrn Heinrich Wehner nachträglich die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Die Kollegenchaft der Zahlstelle Darmstadt.

Unsern lieben Kollegen Heinrich Jahrlück (l. Va. Dresdener Volkszeitung) die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 25jährigen Jubiläum. Gleichzeitig wünschen wir, daß es ihm weiterhin vergönnt sein möge, in alter Treue, geistiger und körperlicher Frische in unseren Reihen wirken zu können.

Die Ortsverwaltung und Mitgliedschaft Dresden.

Beamtentisch die Redaktion: K. Schütz. Charlottenburg. Westfälische 14. Frankfurt: Ami Wolff 1925. Verlag: E. Sobahl. Charlottenburg. — Druck: Bornsche-Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft. Gau Jena. G. S. S. Berlin 638. 64.